

GATS - Die letzte Grenze

Ein globales Abkommen soll es Unternehmen erlauben, die öffentlichen Dienstleistungen (Service Public) in aller Welt zu vereinnahmen

Unter dieser Überschrift berichtet die Kanadierin Maude Barlow in der Zeitschrift *The Ecologist* am 19.4.2001 wie unter dem Druck der Weltbank die Stadt Cochabamba in Bolivien im Frühjahr 2000 ihr städtisches Wasserversorgungssystem an ein US-Wasserunternehmen verkauft hat. Diese Massnahme gehörte zu einem Weltbankprogramm, die Bolivianische Wirtschaft im Namen der ökonomischen Effizienz zu „modernisieren“ – was tatsächlich aber eine Öffnung für westliche Unternehmen mit all den damit verbundenen gravierenden sozial-wirtschaftlichen Folgen darstellte.

Bereits sechs Wochen nach der Übernahme stiegen die Wasserpreise massiv an. Ländliche Familien mussten nun für das Wasser mehr als einen Drittel ihres Einkommens – mehr als für Nahrungsmittel – ausgeben; und das Sammeln von Regenwasser wurde verboten.

Massive öffentliche Proteste und Demonstrationen, die u.a. auch ein Todesopfer gefordert haben, brachten die Regierung letztendlich dazu, die Stadtwasserversorgung wieder der öffentlichen Kontrolle zu unterstellen. Doch dieser Sieg wird nicht von Dauer sein, schreibt Maude Barlow. Ein nächstes Mal werden die Menschen ihre Zeit und Kraft vergeblich aufopfern, denn nachdem das in diesem Artikel darzustellende neue globale Abkommen [GATS] rechtskräftig geworden sein wird, wird keine Regierung mehr diesen Irrsinn, selbst wenn sie wollte, stoppen können.

Im November 1999 wurde das Treffen der „Welthandelsorganisation“ (World Trade Organization – WTO) in Seattle (USA) durch Massenproteste stillgelegt. Es schien, als würden die Kräfte der Unternehmensglobalisierung – zumindest für eine gewisse Zeit – gestoppt. Doch nur sechs Monate später, nachdem sich der Rauch und Pfefferspray von Seattle verzogen hatte, versammelte sich das weitgehend unbekannte „General Agreement on Trade in Services“ GATS (Allgemeine Vereinbarung über Handel in Dienstleistungen).

Das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen stellt eines von über 20 Handelsvereinbarungen dar, die von der WTO verwaltet werden. Das GATS wurde 1994 als Ergebnis der „Uruguay-Runde“ des „Allgemeinen Abkommens über Zölle und Handel“ (General Agreement of Tariffs and Trade – GATT) eingerichtet.

Offiziell beinhaltet das Mandat der GATS die „Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen“, was tatsächlich den Abbau der staatlichen Barrieren für die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungseinrichtungen bedeutet. Den Regierungen soll es damit unmöglich gemacht werden, öffentliche Dienste auf einer gemeinnützigen Basis, ohne die Beteiligung von privaten Unternehmen, zu betreiben. GATS wird es der WTO ermöglichen, staatliche Handlungen durch gesetzliche Vorschriften oder notfalls mit Hilfe von Sanktionen zu unterbinden. Gemäss den Vorschlägen der „Koalition der Dienstleistungsindustrien“ in den USA und dem europäischen „Dienstleistungsforum“ wurden folgende Prioritäten für die Handelsliberalisierung auf diesem Gebiet festgelegt: Gesundheits- und Krankenhauswesen, Hauspflege, Kinder- und Altenbetreuung, das vollständige Erziehungswesen einschliesslich Schul-, Hochschul- und Volkshochschulwesen, Museen und Bibliotheken, Altersvorsorge und Sozialhilfe, Immobilienwesen und Bauplanung, Energie- und Verkehrswesen, Wasserversorgung, Postwesen, Rundfunk und Fernsehen, Tourismus und Umweltschutzbereich, etc. Die 137 Mitgliedsländer der WTO sind dabei, alle diese öffentlichen Dienstleistungen freien Handelsgesetzen zu öffnen.

Der Entstehungsweg der wirtschaftlichen Globalisierung

Maude Barlow ist Bürgerrechtskämpferin und Vorstandsvorsitzende des „Council of Canadians“. In ihrem Artikel geht sie auch auf die Entstehung der sog. Globalisierung ein, die auf das Jahr 1947 zurückgehen soll. Damals sei das ITO (International Trade Organisation) gegründet worden, welches – im Gegensatz zu dem im selben Jahr begründeten GATT – unter der Zuständigkeit der UNO stand, aber infolge des US-dominierten GATT eher einer Totgeburt glich. Für das GATT gab es wiederholt Verhandlungsrunden, die sich ursprünglich nur mit Zollsenkungen befassten. Ab der 7. Runde, der sog. „Tokyo-Runde“ (1973 bis 1979), drehte sich alles zunehmend um trans- und multinationale Unternehmen und um den Abbau jeglicher Beschränkungen. Der Abbau von Regulierungen auf internationaler Ebene und Dienstleistungsunternehmen, die Hand an Regierungsmonopole legen wollen, besonders im sozialen Dienstleistungssektor, standen zunehmend im Mittelpunkt. In der „Uruguay-Runde“ (1986 bis 1994) wurden deshalb zunehmend Dienstleistungen und andere Gebiete verhandelt, die üblicherweise in keiner Verbindung zum Handel stehen.

Die Autorin berichtet auch von Dutzenden von „Entwicklungsländern“, die in den letzten 20 Jahren gezwungen wurden – um zu Schuldenerlass berechtigt zu werden –, ihre öffentlichen Sozialprogramme aufzugeben und es fremden Unternehmen zu erlauben, deren Gesundheits- und Erziehungs-„Produkte“ an die Bevölkerung zu verkaufen.

Lateinamerikanische Länder erfahren derzeit eine Invasion von US-Gesundheitsversorgungsunternehmen, und auch asiatische Länder lassen fremde Gesundheitsversorgungsketten im Land Fuss fassen. Erst kürzlich seien Länder von der Weltbank gezwungen worden, ihre Wasserversorgungssysteme zu privatisieren. Bereits mehr als 40 Länder, einschliesslich ganz Europa, hätten die Erziehung auf die Liste des Zuständigkeitsbereichs von GATS gesetzt; fast 100 Län-

der hätten inzwischen dasselbe mit dem Gesundheitswesen („¹ getan. Alle öffentlichen Dienste – selbst die Sozialhilfe – sollen diesen Marktmechanismen unterworfen werden.

Und Maude Barlow schliesst mit der Feststellung, wonach das letzte Ende dieser Übung vielleicht am besten durch einen US-WTO-Bevollmächtigten zusammengefasst worden sei, der über den GATS/WTO Prozess unverblümt gesagt hat: „Er wird nicht zu Ende sein, bevor Ausländer (also alle Nicht-Amerikaner!) endlich beginnen zu denken wie Amerikaner, zu handeln wie Amerikaner und – am wichtigsten – einzukaufen wie Amerikaner.“ –

Von der Autorin des zugrundeliegenden Artikels, Maude Barlow, sind mehrere englischsprachige Bücher über Freihandelsabkommen erschienen, u.a. *The multilateral Agreement on Investment (MAI)* und *The Threat to Canadian Sovereignty*.

Nachfolgend ergänzende Berichte und einen abschliessenden Kommentar.

Kommentar im Wirtschaftsdienst

Im *Wirtschaftsdienst* Nr. 5, 1994, S. 256-264, war zum Thema **GATS** zu lesen: „Am 15. April 1994 wurden in Marrakesch die Schlussdokumente [der Uruguay-Runde] durch 121 Länder unterzeichnet, womit eine neue Welthandelsordnung aus der Taufe gehoben und ein länger als sieben Jahre währender, gelegentlich schon totgesagter, Verhandlungsprozess erfolgreich abgeschlossen worden war. Mit viel Glück werden die Verträge noch in diesem Jahre ratifiziert, so daß am 1. Januar 1995 die Welthandelsorganisation (WTO) ihre Arbeit aufnehmen und die Umsetzung der Verhandlungsergebnisse beginnen könnte. Das weitgespannte Vertragswerk soll Unzulänglichkeiten und Funktionsmängel des alten GATT überwinden helfen“ (<http://perso.easynet.fr/~michaelo/wto.htm>).

Pressemitteilung der Bundesbehörden der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Gemäss einer Pressemitteilung der Bundesbehörden der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom April 1996 hat „Der Bundesrat ... beschlossen, die Ergebnisse der WTO/GATS-Verhandlungen über **Marktzugangsverpflichtungen** in den Bereichen Finanzdienstleistungen und Dienstleistungserbringung durch natürliche Personen zu unterzeichnen. Weil in diesen beiden unter das **GATS** (General Agreement on Trade in Services – Allgemeines Dienstleistungsabkommen der WTO) fallenden Bereichen die Verhandlungen während der Uruguay-Runde nicht abgeschlossen werden konnten, ist am Ende der Uruguay-Runde im April 1994 in Marrakesch beschlossen worden, darüber Nachverhandlungen durchzuführen. Diese sind im Juli 1995 abgeschlossen worden und müssen nun durch die Verhandlungsteilnehmer bis Juni 1996 genehmigt werden“ (<http://www.admin.ch/cp/d/1996Apr24.112739.5641@idz.bfi.admin.ch.html>).

Die „Erklärung von Bern“ kommentiert:

„Wissen Sie, wofür **GATS** steht? Nicht? Dann geht es Ihnen so wie den meisten Leuten. Vom WTO-Abkommen «General Agreement on Trade in Services» (kurz: **GATS**) war bisher kaum etwas in den Medien zu lesen. Das Abkommen hat jedoch weitreichende Folgen. Multinationale Konzerne haben es zuhanden der Regierungen entworfen mit dem Ziel, den „Service Public“ Schritt für Schritt zu liberalisieren. Konkret heisst das für die Zukunft:

1. Statt gesellschaftlicher Gesichtspunkte stehen neu die kommerziellen an erster Stelle, z.B. im Schul- oder Gesundheitsbereich. Das Abkommen löst eine massive Machtverschiebung von der Politik zur Wirtschaft aus.
2. Grundlegende Dienste des Service Public wie die Bildung oder die Wasserversorgung werden zu kommerziellen Gütern. Erste Erfahrungen zeigen, dass dies meistens zu höheren Preisen oder Versorgungsengpässen führt (Z.B. in Kalifornien oder der Dominikanischen Republik).

Diese weitreichenden Veränderungen werden **ohne öffentliche Diskussion** auf WTO-Ebene beschlossen. Dies ist eine klare **Verletzung des Demokratieprinzips**“ (http://www.evb.ch/wto_dienstleistungen.htm).

Politische Stimmenfängerei?

Laut Pressemeldungen vom 12./13. Juli 2001 hat die CVP Schweiz (die Christlich Demokratische Volkspartei) nun plötzlich zur Rettung des „Service Public“ umgeschwenkt, nachdem sie ursprünglich z.B. noch den Verkauf der Swisscom unterstützt hatte. Billiger Populismus? – wurde in der Presse gefragt. Doch angeblich hat sich die Angst ausgebreitet, dass eine flächendeckende und erschwingliche Grundversorgung fraglich werden könnte. „Wir waren noch ein wenig Zauberlehrlinge; nun ist die Partei vorsichtiger geworden“ – erklärte der Sprecher der CVP-Arbeitsgruppe. Durch eine qualifizierte und gewichtige Mitsprache durch den Bund könne der Service Public am ehesten erhalten bleiben – wird bei der CVP argumentiert ... Damit weiche die CVP bei der Privatisierung von staatlichen Monopolen von der neoliberalen Doktrin ab, kommentiert die Presse. In der Debatte wurde auch der deutsche CDU-Politiker Heiner Geissler erwähnt, der kürzlich meinte: Seine Partei müsse Stellung beziehen gegen den Tanz ums goldene Kalb, dagegen,

¹ Hinter der irreführenden Bezeichnung „Gesundheitswesen“ verbirgt sich die allmächtige Krankheitsindustrie, ein Wirtschaftsbereich, der keine Krisen, sondern höchstens Konkurrenz kennt und dessen Philosophie folgendermassen lautet: „Heilen? - Das dürfen wir nicht – sonst machen wir bankrott! Aber lindern, das müssen wir!“ (Aussage eines namentlich nicht bekannten Medizinprofessors zu einem verstorbenen Freund des Verlegers, dem Physikprofessor J. Dugler).

dass die Gier nach Geld die Hirne der Politiker und Wirtschaftsbosse zerfrisst. – Wie recht er doch hat. Doch dieses „Theater“ wird letztlich in übliche politische Schaumschlägereien münden, denn längst haben unsere Regierungen am Stimmvolk vorbei die betreffenden Verträge ratifiziert (siehe oben!), wodurch uns theoretisch gar keine Wahl mehr bleibt. Offen bleibt nur noch der Zeitplan und die Frage, welche Teile der öffentlichen Dienstleistungen man zuerst den Globalisierungs-Heuschrecken opfert. Denn welches Land wird es sich noch erlauben können, gegen die mit den Internationalisten geschlossenen Verträge zu verstossen? Auch hier werden wir gezwungen, Sklaven des herrschenden demokratischen Systems zu werden!

Durch Geistmächte zur Sklavenkaste

„Neue“ Realitäten – die multinationale Monopolisierung und Kommerzialisierung aller Lebensbereiche – werden uns schrittweise einholen. Die erneuerte Sklavenkaste² entsprechend der „Neuen Weltordnung“ soll schrittweise – inzwischen mit Siebenmeilenstiefeln – verwirklicht werden!

Am 19.10.1919 machte Rudolf Steiner Bemerkungen, welche zu einem besseren Begreifen der oben angedeuteten Absichten beitragen können. Er erwähnte, dass seit der Reformation zunächst der ökonomische Typus in der Welt herrschte, dann seit dem 19. Jahrhundert der Bankier, *dann aber verwandelte sich dieses Herrscherprinzip so, dass das Geld als solches herrschend wurde* (GA 191, S. 175ff.). Daraus können wir schliessen, dass wir es nicht vornehmlich mit Menschen – die bloss als kluge Marionetten dienen –, sondern mit geistigen Mächten zu tun haben, die mittels des Mediums „Geld“ die Zivilisation beherrschen, resp. in den Untergang steuern wollen? Diese „okulten Geldmächte“ dürften wiederum unmittelbar mit jenen Geistwesen verbunden sein, die Rudolf Steiner als die „Elementarwesen von Geburt und Tod“ bezeichnet. Diese seien *die Diener von Technik, Industrie, von kommerziellem Menschenwesen* und *...feindlich gesinnt sind allem, was hier auf dem physischen Plan der Mensch als sein Wohlergehen, als seine Wohlfahrt sucht und begehrt* (6.10.1917, GA 177). Die Wirkung dieser Geistwesen wird äusserlich sichtbar durch verschiedene mit Sonderinteressen behaftete Gruppierungen, die ihrerseits durch „Menschen“ gebildet werden, die ohne (menschliche) Autonomie ihr Dasein fristen und durch Intelligenz, (entsprechende) Charaktereigenschaften (Machtgier etc.) und geeignetem (materialistischen) Denken für solche Aufgaben prädestiniert sind. Man sollte hier auch die Hinweise Rudolf Steiners vom 22.10.1920 beachten, wo er davon spricht, dass es *im Westen ... eine grosse Anzahl von Menschen gibt, welche im Grunde genommen nicht einfach wiederverkörperte Menschen sind, sondern welche die Träger sind von Wesenheiten, die einen ausgesprochen verführten Entwicklungsgang zeigen, die eigentlich erst in einem späteren Entwicklungsstadium in der Menschheitsform auftreten sollten ... Menschen, die in Geheimgesellschaft, in Sekten und ähnlichem eingestreut sind ...* (GA 200; S. 39-40).

Es wird daraus wiederum verständlich, dass wir es auch hier nicht mit einfachen menschlichen Problemen zu tun haben, sondern mitten in Geisteskämpfen stehen, die vornehmlich auf der Bewusstseins(seelen)ebene gelöst werden sollten. Unser (schöpferisches) Erkenntnisstreben kann den zeitgemässen hierarchischen Wesen dienen, in dämonische Sphären einzudringen, die ihnen nur von irdisch verkörperten Menschen aufgeschlossen werden können.³

15.7.2001 wl

² *Dasjenige, was angestrebt wird, ist, eine Herrenkaste des Westens zu begründen und eine wirtschaftlich Sklavenkaste des Osten, die beim Rhein beginnt und weiter nach Osten bis nach Asien hinein geht. Nicht eine Sklavenkaste im alten griechischen Sinne, aber eine ökonomische Sklavenkaste, eine Sklavenkaste, welche sozialistisch organisiert werden soll, welche alle Unmöglichkeiten einer sozialen Struktur aufnehmen soll, die aber dann nicht angewendet werden soll auf die englisch sprechende Bevölkerung* (1.12.1918, GA 186). Und am 31. Dez. 1918 spricht Rudolf Steiner weiter: *Wenn nur die äusseren materialistischen Impulse wirken in der Welt und in den Menschenköpfen und in den Menschenherzen, dann wird es so werden! Dann wird mit einer furchtbaren Sklavenkaste wahrhaftig nicht nur Deutschland und die Mittelländer und Russland, sondern die ganze zivilisierte Erde wird nach und nach mit furchtbaren Sklavenketten umgürtet werden und niemals wieder froh werden. Denn durch dasjenige, was nur von altersher heraufkommt, ist die Welt an einem Ende. Neues kommt nicht daher. Neues muss kommen aus der geistigen Welt ...* (31.12.1918, GA 187). Es liegt also nicht nur an den okkult-politischen „Bösewichten“, sondern an uns selber, ob diese ihre furchtbaren „Ziele“ ohne weiteres erreichen können.

³ *Da wo das Licht vor grünen Dämonen erzittert, und die lichtgeborenen Urvwelkräfte den ringenden Menschen die Rätzel verkünden, die den Dämonen nur von Menschen entlockt und zu Göttern gebracht werden können ...* Spruch Rudolf Steiners für Ita Wegman, in: Kirchner-Bockolt, *Die Menschheitsaufgabe Rudolf Steiners und Ita Wegman*, Dornach 1981, S. 113.